Gemeindeversammlung

Protokoll der Sitzung 2020-01

vom Montag, 14. September 2020, 20:15 Uhr in der Rebhalle Twann

---

Vorsitz	Bohnenblust Margrit, Gemeindepräsidentin
Protokoll	Demmler Bernhard, Geschäftsleiter
Mitglieder Gemeinderat	Caliaro Stephan (Vizegemeindepräsident), Stebler Urs Peter, Ueli Vetsch
Entschuldigt	Käser Thomas
Stimmregisterabschluss	868 in Gemeindeangelegenheiten stimmberechtigte Personen
Anwesend	44 Stimmberechtigte oder 5.5 %
Presse	- Bieler Tagblatt, Herr Heinz Kofmehl
Publikation	Nidauer Anzeiger vom 13. August 2020
Versammlungsschluss	22:35 Uhr

Traktandenliste

1/20	08.0131	Verwaltungsrechnung Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2019 der Einwohnergemeinde Twann-Tüscherz
2/20	08.0401.03	Sportanlage Burg Sanierung Schulanlage Burg
3/20	08.0401.03	Sportanlage Burg Sanierung Mietwohnung Burg
4/20	11.0400	BAUTEN, ANLAGEN Photovoltaik-Anlage Gemeindeliegenschaft Burg
5/20	11.0401	Planwerk Leitungsnetz Aufhebung Freileitung
6/20	04.0803	Gemeindeverband ARA am Twannbach Planungskredit für den Anschluss an Le Landeron
7/20	04.0211	Ortsplanung Kreditabrechnung (Schlussabrechnung Gesamtrevision Ortsplanung)
8/20	01.0300	GEMEINDEVERSAMMLUNG Verschiedenes und Umfrage

Die Gemeindepräsidentin eröffnet die Versammlung unter dem Hinweis auf die fristgerechte Einberufung durch Publikation gemäss Art. 9 der Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998 und sowie auf die Erläuterungen zu den Geschäften in der ausführlichen Botschaft des Gemeinderates, welche drei Wochen vor der heutigen Versammlung jeder Haushaltung zugestellt worden ist. Die unter Traktandum 1 aufgeführte Verwaltungsrechnung lag in Anwendung von Art. 37, Abs. 1 der Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998 30 Tage vor der beschlussfassenden Gemeindeversammlung bei der Gemeindeschreiberei Twann-Tüscherz öffentlich auf.

Allfällige Beschwerden gegen die Beschlüsse der Gemeindeversammlung sind innert 30 Tagen nach der Versammlung schriftlich und begründet an den Regierungsstatthalter des Verwaltungskreises Biel-Bienne einzureichen (Artikel 92 ff Gemeindegesetz). Dabei wird ausdrücklich auf die Rügepflicht nach Art. 49a Gemeindegesetz hingewiesen, wonach allfällige Verfahrensmängel bereits an der Gemeindeversammlung selbst gerügt werden müssen.

Speziell begrüsst werden die Altgemeindepräsidenten Otto Müller und Alfred Schweizer. Entschuldigt hat sich Gemeinderat Thomas Käser, Departement Gesellschaftsfragen.

Anwesende Personen, die über kein Stimmrecht verfügen:

- Demmler Bernhard, Geschäftsleiter, Biel
- Zürcher Alexandra, Finanzverwalterin, Bowil
- Weibel Angela, Sachbearbeiterin Einwohnerkanzlei, Nidau
- Sahli Luca, Sachbearbeiter Finanzen, Aarberg
- Hellmann Maik, Hauswart, Twann
- Courbat Monique, Referentin ARA am Twannbach

Als Stimmzähler werden auf Vorschlag der Gemeindepräsidentin gewählt:

- W. R., Twann
- C. H., Gaicht

Protokoll

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 25.11.2019 lag im Sinne von Art. 63 Abs. 1 des Organisationsreglementes der der Einwohnergemeinde Twann-Tüscherz vom 19.12.2019 30 Tage bis am 20.01.2020 öffentlich auf. Die Auflage wurde im Nidauer Anzeiger vom 19.12.2020 publiziert. Das Protokoll wurde durch den Gemeinderat an der Sitzung vom 13.12.2020 im Sinne von Art. 63 Abs. 3 Organisationsreglement genehmigt.

Verhandlungen

1/20   08.0131   Verwaltungsrechnung
Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2019 der Einwoh-
nergemeinde Twann-Tüscherz

Referenten

Gemeindepräsidentin Margrit Bohnenblust, Departement Präsidiales; Gemeinderat Urs Peter Stebler, Departement Finanzen/Liegenschaften; Alexandra Zürcher, Finanzverwalterin

Einleitende Worte der Gemeindepräsidentin Margrit Bohnenblust:

Erfreulicherweise weist die Rechnung 2019 von Twann-Tüscherz – wie auch jene der meisten anderen Gemeinden im Seeland – wieder einen "schönen" Ertragsüberschuss aus. Es sei nicht ungewöhnlich, dass in einem Rechnungsjahr aufgrund von Verzögerungen nicht alle geplanten Investitionen realisiert werden könnten oder abgerechnet würden. Dies habe auch Auswirkungen in der Erfolgsrechnung, und zwar positive. Trotzdem müsse der Gemeinderat in der Investitionsplanung jedes Jahr Investitionsprojekte genau budgetieren und in die Planung einsetzen, was sich wiederum im Budget widerspiegeln. "Der Gemeinderat ist froh über die positive Rechnung 2019, denn es stehen wiederum grosse Investitionen an, welche wir zu einem grossen Teil selber finanzieren möchten", so die Gemeindepräsidentin. In den Traktanden 2 bis 6 würden die anwesenden Stimmberechtigten über die entsprechenden Kredite entscheiden können.

Die Gemeindepräsidentin übergibt das Wort der Finanzverwalterin Alexandra Zürcher: Sie führt anhand einer Folienpräsentation durch die Rechnung:

Der Gesamthaushalt schliesst mit einem Ertragsüberschuss von CHF 475'219.37 ab. Dabei weist der Allgemeine Haushalt einen solchen von CHF 189'836.41 aus und die Spezialfinanzierungen CHF 285'386.96.

Zu den Details der Spezialfinanzierungen: Jene der Feuerwehr schliesst mit einem kleinen Defizit von CHF 3'156.10 ab; die Spezialfinanzierung Hafenanlagen mit einem Überschuss von CHF 40'421.90. Der Überschuss bei der Abwasserentsorgung beträgt CHF 271'711.31 – es handle sich hierbei um ein gutes Polster, das die Gemeinde hinsichtlich des Projekts Anschluss an die ARA Le Landeron auch nötig haben werde, so die Finanzverwalterin. Die Abfallentsorgung wiederum schliesst mit einem Defizit von CHF 23'594.15. Vor der internen Verrechnung der Werkhofaufwände habe diese Spezialfinanzierung einen guten Überschuss ausgewiesen, erklärt die Referentin. Im Sinne der Kostenwahrheit sei es aber richtig, die Aufwände des Werkhofes auch miteinzurechnen.

Budgetiert war beim Allgemeinen Haushalt ein kleines Defizit von CHF 8'545.00. Tatsächlich schliesst die Rechnung aber mit einer Besserstellung von 427'781.05. Dies führte zu folgendem Ergebnis: Der steuerfinanzierte Allgemeine Haushalt schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 189'836.41 und einer Vornahme von zusätzlichen, gesetzlich vorgeschriebenen Abschreibungen in der Höhe von CHF 229'399.64 ab.

Einen wesentlichen Grund für die Besserstellung waren höher als budgetiert eingegangene Erträge bei einmaligen Vermögensgewinnsteuern in der Höhe von rund CHF 230'000.00. Sorgen bereiten der Finanzverwalterin die sinkenden Einkommenssteuern: 2018 betrug die Einnahmen aus den Einkommenssteuern 3.75 Mio. Franken; budgetiert wurden für 2019 CHF 3.45 Mio. Franken. Eingegangen sind letztlich CHF 3.1 Mio. Franken.

Weitere Details zu den Besserstellungen im Allgemeinen Haushalt:

Gegenüber dem Budget betrug der Minderaufwand beim Personal knapp CHF 36'000.00, was primär mit Personalfluktuations und Lohnausfallentschädigungen zu tun hat. Der Sachaufwand fiel um CHF 162'300.00 tiefer aus und ergibt sich aus vielen verschiedenen Budgetposten. Beim Transferaufwand resultiert eine Unterschreitung von CHF 229'000.00. Die Budgetunterschreitung wird insbesondere auf die Nettoverbuchung der Lehrerlöhne zurückgeführt; dies führte in der Folge zu Mindereinnahmen beim Transferertrag.

Als sehr erfreulich bezeichnet die Finanzverwalterin aus Optik der Rechnungsführung das Ergebnis der Selbstfinanzierung. Im Rechnungsjahr resultierte ein Finanzierungsüberschuss von rund CHF 725'000.00. Dies hat primär damit zu tun, dass die Nettoinvestitionskosten vor allem auch dank Subventionsbeiträgen tiefer ausfielen als vorgesehen.

Grosse Nettoinvestitionen fielen mit CHF 333'291.00 in den Bereichen Verwaltungsliegenschaften (Wohnungen Gemeindehaus und Fassade), mit CHF 111'772.15 für Kultur und Sport (Sanierung der Seemauer Rostele) und mit CHF 81'045.90 für die Infrastruktur Elektrizität (Sanierung der Trafostation Gaicht).

Mit Blick auf die Zukunft, so die Referentin, sei es schwer, die Einnahmen der Gemeinde abzuschätzen. So sei auch die Auswirkung der Corona-Pandemie auf die Steuerzahler in Twann-Tüscherz nicht berechenbar.

Ausgabenseitig gebe es auch einige Unklarheiten, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Projekt Anschluss der ARA an Le Landeron. Gewiss sei aber, dass nicht nur im Jahr 2021 hohe Investitionen anstünden. Dazu komme auch, dass der Kanton eine Erhöhung der Sozialbeiträge angekündigt habe.

Die Referentin schliesst ihren Vortrag mit dem Verweis auf den Bericht des Rechnungsprüfungsorgans zur Jahresrechnung 2019. Dieses beantragt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Die Gemeindepräsidentin eröffnet die

Diskussion

- Ein Versammlungsteilnehmer stellt die sinkenden Einkommenssteuern zur Diskussion. Das habe doch nichts mit der aktuellen Situation zu tun.
Die Finanzverwalterin bestätigt diese Einschätzung. Sie gehe davon aus, dass sich die veränderte wirtschaftliche Situation erst im nächsten Jahr auswirkt.
- Warum, so ein weiterer Versammlungsteilnehmer, verzeichne die Gemeinde einen Rückgang bei den Einkommenssteuern.
Finanzverwalterin: Sie habe schon an der Gemeindeversammlung vom vergangenen November darauf hingewiesen, dass die Gemeinde gute Steuerzahler verloren habe. Sie hoffe aber, dass die Gemeinde dies durch Neuzuzüge auffangen könne. Der

Kanton prognostizierte Mindereinnahmen von 3 Prozent. Sie hoffe aber, dass dies für Twann-Tüscherz nicht zutreffen werde.

Da keine Wortmeldungen mehr folgen, wird die Diskussion geschlossen. Es folgt die

Abstimmung

Auf Antrag des Gemeinderats erlässt die Versammlung mit grossem Mehr und einer Enthaltung folgenden

Beschluss

Kennntnisnahme der Nachkredite von:	CHF 673'832.60
davon gebunden:	CHF 483'174.64
Kompetenz Gemeinderat:	CHF 190'657.96

Genehmigung der Rechnung 2019 mit folgendem Ergebnis:	
Aufwand Gesamthaushalt	CHF 7'101'642.61
Ertrag Gesamthaushalt	CHF 7'576'861.98
Ertragsüberschuss Gesamthaushalt	CHF 475'219.37

Referent

Gemeinderat Urs Peter Stebler, Departement Finanzen / Liegenschaften

Einleitende Worte der Gemeindepräsidentin Margrit Bohnenblust:

Nicht nur Strassen, Beleuchtung, Wasser-, Abwasser- und Strom-Leitungen müssten laufend unterhalten werden, auch die Gemeindeliegenschaften.

Die Gemeindepräsidentin übergibt das Wort Gemeinderat Urs Peter Stebler, Departement Finanzen:

Er führt anhand einer Folienpräsentation durch das Geschäft:

Die Schulanlage Burg sei 1971 in Betrieb genommen worden, und seither seien an dieser Liegenschaft keine umfangreichen Sanierungsarbeiten ausgeführt worden, sagt der Referent. 2017 habe seine auch für Gemeindeliegenschaften zuständige Finanzkommission eine Gesamtanalyse der Liegenschaft an die Hand genommen. Priorität habe zunächst aber in den Jahren 2018 bis 2019 die Erfüllung von Brandschutz- und Sicherheitsmassnahmen gehabt.

Das Sanierungsprojekt Burg sei eng an drei weitere Projekte geknüpft, die alle im Verlauf des heutigen Abends zur Diskussion gestellt würden: Zum einen die Sanierung der Mietwohnung Burg und zum andern der Bau einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Liegenschaft sowie der Bau einer neuen Stromleitung beziehungsweise Aufhebung der bestehenden Freileitung zur Burg.

Die Sanierung der Schulanlage umfasst:

- Betonkosmetik an Sichtbetonfassaden (Risse und Abplatzungen)
- Estrichbodenisolation im Bereich der Wohnung
- Fassadensanierung
- Bedachungs-, Spengler- und Blitzschutzarbeiten sowie Fugenabdichtungen
- Sanierung der Sanitäranlagen

Der Departementsvorsteher Finanzen verweist in seinen Erwägungen auf das Leitbild der Gemeinde, gemäss welchem der Gemeinderat sich zu einer laufenden Investition in seine Gemeindeliegenschaften bekennt. In vorliegendem Fall bestehe kein Zweifel: Die Sanierung sei nötig und dringend.

Der Referent rechnet vor, was die Folgen eines vernachlässigten Werterhalts bei Liegenschaften sind: Ausgehend von Entstehungskosten von 1.5 Mio. Franken müssten jährlich rund 1.5% eingesetzt werden, also rund CHF 22'500.00. In 50 Jahren akkumuliere sich dies zu einer Summe von rund 1.1 Mio. Franken. Gemessen an dieser Zahl sei der beantragte Investitionskredit von CHF 360'000.00 nicht wahnsinnig hoch. Auch gebe er zu bedenken, dass bei einer allfälligen Annahme des ebenfalls traktandierten Photovoltaik-Projekts die Kosten für die Dachsanierung wohl tiefer ausfallen werden.

Für die einzelnen Kostenpunkte verweist der Gemeinderat auf die gezeigten Folien, ohne weiter darauf einzugehen. Alles sei gut durchgerechnet und die Offerten würden alle vorliegen, sagt er.

Die Gemeindepräsidentin eröffnet die

Diskussion

- Eine Versammlungsteilnehmerin möchte wissen, warum man bei der Sanierung der WC-Anlage im Erdgeschoss von einer Teilsanierung spreche und warum diese Teilsanierung der Wohnungssanierung (nächstes Geschäft) zugerechnet werde.
- Ein Mitglied der Baukommission führt aus: Das sei eventuell etwas missverständlich formuliert. Tatsache sei, dass der Bewohner diese WC-Anlage benutzen müsse, da die zur Wohnung gehörende Anlage defekt sei. Es gehe darum, von der WC-Anlage Wohnung nach unten, Richtung WC-Anlage Erdgeschoss, teilweise neue Wasser- und Abwasserröhren zu ziehen.

Da keine Wortmeldungen mehr folgen, wird die Diskussion geschlossen. Es folgt die

Abstimmung

Auf Antrag des Gemeinderats erlässt die Versammlung einstimmig folgenden

Beschluss

Für die Sanierung der Schulanlage Burg (Dach und Fassaden) wird ein Investitionskredit von CHF 360'000.00 genehmigt.

Referent

Gemeinderat Urs Peter Stebler, Departement Finanzen / Liegenschaften

Einleitende Worte der Gemeindepräsidentin Margrit Bohnenblust:

In der Liegenschaft Burg befindet sich auch die zur Diskussion gestellte Wohnung. Diese sei beim Bau der Schulanlage als Abwartwohnung eingeplant worden. Heute gebe es aber keine Wohnsitzpflicht mehr.

Der ehemalige Burg-Abwart und vor kurzem pensionierte Werkhofmitarbeiter werde ausziehen. Aus diesem Grund müsse nun die Wohnung vor einer Neuvermietung saniert werden.

Die Gemeindepräsidentin übergibt das Wort Gemeinderat Urs Peter Stebler, Departement Finanzen:

Er führt anhand einer Folienpräsentation durch das Geschäft:

Seit 1987 sei in der Wohnung Burg kein Mieterwechsel mehr erfolgt und in dieser Zeit seien auch keine grössere Sanierungsarbeiten vorgenommen worden. Jetzt, nach der erfolgten Kündigung, sei es das Ziel des Gemeinderats, die Wohnung bis Ende Sommerferien 2021 komplett zu sanieren.

Abgeklärt habe die für Gemeindeliegenschaften zuständige Finanzkommission vorgängig, ob von Seiten der Schulraumplanung ein Bedarf bestehe. Dies sei nicht der Fall, so der Departementsvorsteher Finanzen. Klar sei, dass man das Projekt stark auf die parallellaufenden Projekte Sanierung Schulanlage Burg und Bau Photovoltaik-Anlage Burg abstimmen wolle. Dabei sei es dem Gemeinderat und der Kommission wichtig, keine Wohnung im Hochpreissegment zu realisieren.

Das Projekt enthält folgende Arbeiten:

- Unabhängiger Wasser- und Abwasseranschluss
- Unabhängiger Anschluss der Stromversorgung
- Erneuerung der Wasser- und Abwasserleitungen
- Teilsanierung der Sanitäranlagen im Erdgeschoss
- Fenstererneuerung, Bedachungsarbeiten Flachdach (Terrasse), Fugendichtungen, Brandschutz und Sonnenschutz
- Elektroinstallationen
- Heizungsanlage, Wärmeverteilung
- Neuinstallation Sanitäranlagen Wohnung und WC-Anlage Erdgeschoss
- Neue Kücheneinrichtung
- Gipsarbeiten, Metallbau- und Schreinerarbeiten
- Boden- und Wandbeläge (Parkett und Platten)
- Malerarbeiten

Der Referent verweist erneut auf das Leitbild des Gemeinderats, gemäss welchem er laufend in den Werterhalt von Gemeindeliegenschaften investieren will. Die einzelnen

Kostenpunkte sind auf Folien festgehalten, werden von ihm aber nicht detailliert erläutert.

Er sei sich bewusst, sagt der Departementsvorsteher Finanzen, dass es sich bei der Sanierung der Wohnung um einen "stolzen" Betrag handle. Das habe wie schon im letzten Geschäft erläutert, vor allem damit zu tun, dass lange nichts investiert wurde. Alle Arbeiten seien gut gerechnet und er hoffe, dass am Ende der Arbeiten die Kosten etwas tiefer ausfallen werden.

Die Gemeindepräsidentin eröffnet die Diskussion

Diskussion

- *(Hinweis Protokollführer: Auch hier wurde noch einmal über die Teilsanierung Sanitäranlagen Erdgeschoss gesprochen. Die Diskussion ist im vorangegangenen Geschäft festgehalten.)*
- Ein Versammlungsteilnehmer möchte wissen, was für eine Heizung in der Burg vorhanden sei.
Gemeindepräsidentin: Es handle sich um eine Pellet-Heizung.

Da keine Wortmeldungen mehr folgen, wird die Diskussion geschlossen. Es folgt die

Abstimmung

Auf Antrag des Gemeinderats erlässt die Versammlung mit grossem Mehr und 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Für die Sanierung der Mietwohnung in der Schulliegenschaft Burg wird ein Investitionskredit von CHF 325'000.00 genehmigt.

Referent

Gemeinderat Stephan Caliaro, Departement Ver- und Entsorgung

Einleitende Worte der Gemeindepräsidentin Margrit Bohnenblust:

Mit der Sanierung des Daches auf der Schulanlage Burg ergebe sich die einmalige Gelegenheit, eine Photovoltaik-Anlage einzubauen.

Die Gemeindepräsidentin übergibt das Wort Gemeinderat Stephan Caliaro, Departement Ver- und Entsorgung:

Er führt anhand einer Folienpräsentation durch das Geschäft:

Das zur Diskussion gestellte Projekt verknüpft er eng mit dem vom Stimmvolk angenommenen revidierten Energiegesetz beziehungsweise der Energiestrategie 2050 des Bundes. Diese Strategie setzt auf drei Ebenen an: Erstens der Förderung des Stromsparens und der höheren Energieeffizienz; zweitens der Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien und drittens dem Ausstieg aus der Atomenergie.

Für die Gemeinde und die Bevölkerung gebe es vor allem Bewegungsspielraum in den ersten beiden Handlungsfeldern. Der Referent verweist in diesem Zusammenhang auf die Energiestatistik der Gemeinde, ein Kurvendiagramm, das den Stromverbrauch der Gemeinde seit 2015 und die jeweilige Herkunft des Stroms aufzeigt. Daraus geht hervor, dass der Stromverbrauch insgesamt dank Stromsparen und verbesserter Energienutzung stets etwas abgenommen hat.

Ebenso zeigt dieses Diagramm, dass auch die Nutzung alternativer Energien – vor allem wegen privater Photovoltaik-Anlagen – stets leicht zugenommen hat. Mit dem Bau einer grossen Photovoltaik-Anlage auf der Burg könne die Gemeinde die Nutzung alternativer Energie wesentlich fördern. Dies sei zumal auch deshalb sinnvoll, da im geschützten Dorfkern der Bau solcher Anlagen nicht möglich sei. Der Standort Burg sei für die Nutzung von Solarenergie optimal, auch in baulicher Hinsicht – hier benötige man nicht einmal eine Baubewilligung. Zudem müsse das Dach sowieso saniert werden. Da dränge es sich geradezu auf, statt einer konventionellen Bedachung nun Solarpanels zu verwenden.

Der Gemeinderat habe dabei grundsätzlich zwei Optionen näher geprüft.

Zum einen den Bau der Anlage durch einen Contracting-Partner, der die Anlage auf eigene Kosten erstellt und betreibt; zum andern den Bau und Betrieb der Anlage durch die Gemeinde selbst, wobei sie die Wartung des Werks einer externen Firma übertragen würde.

Beim Contracting sei klar, dass die Betreiber Geld verdienen wollen – das müssen nicht nur Firmen sein; auch die Stadt Biel sei am Betrieb von Solaranlagen sehr interessiert. Der Gemeinderat sei jedenfalls zum Schluss gekommen, dass es finanziell mittel- bis langfristig Sinn macht, die Solaranlage selber zu erstellen und zu betreiben.

Die Gemeindepräsidentin eröffnet die

Diskussion

- Ein Versammlungsteilnehmer will wissen, ob es wirklich Sinn macht, mit einer externen Firma einen Wartungsvertrag abzuschliessen.
Departementsvorsteher Ver- und Entsorgung bejaht diese Frage. Dem Werkhof könne eine solche Arbeit nicht übertragen werden und eine Wartungsvertrag koste nicht viel, jährlich etwa CHF 1'500.00.
- Ein Versammlungsteilnehmer bezweifelt, dass sich eine solche Anlage rentabilisieren lässt. Er habe selber auf seinem Dach eine Solaranlage erstellt und stelle fest, dass er für den Strom, den er nicht selber verbrauchen können, von der BKW kaum Geld erhalte und der Verkauf für ihn eher ein Verlustgeschäft sei.
Departementsvorsteher Ver- und Entsorgung: In der Tat werde der Stromverkauf erst mit der Strommarktliberalisierung richtig interessant. Die BKW sei aber zum Stromeinkauf verpflichtet. Sie zahle nach Tarifblatt 5 Rp/kWh und in der Regel nach der Anpassung an den Marktpreis 7 Rappen pro kWh. Auch könnten mit der Photovoltaik-Anlage neben der Gemeindeliegenschaft auch ein paar Nachbarliegenschaften mit Solarstrom versorgt werden. Nicht zu vergessen sei zudem, dass der Bau der Anlage Subventionsbeiträge von rund CHF 20'000.00 auslöse.
- Der gleiche Versammlungsteilnehmer bekundet sein Misstrauen gegenüber der BKW. Diese "schrüble" wo sie könne. Für ihn sei das Projekt deshalb zu unsicher. Er würde einer "schlauem" Heizanlage für die Burg den Vorzug geben.
Departementsvorsteher Ver- und Entsorgung: Letztlich sei das Projekt auch eine Frage der Philosophie wie die Energiestrategie des Bundes umgesetzt werden soll.
- Der gleiche Versammlungsteilnehmer: In der Botschaft zur Versammlung stehe, dass die Photovoltaik-Anlage langfristig einen Gewinn generieren könne.
Departementsvorsteher Ver- und Entsorgung: Der Gemeinderat habe die Investitionen gerechnet. Aber es gehe auch um mehr. Die Nutzung der Burg für eine Photovoltaik-Anlage sei eine grosse Chance. Nirgendwo sonst gebe es in der Gemeinde eine so grosse Fläche, die für Solarstrom genutzt werden könne.
- Ein Versammlungsteilnehmer möchte wissen, wieviel vom produzierten Strom für den Eigengebrauch genutzt werden kann.
Departementsvorsteher Ver- und Entsorgung: Gesamthaft dürfte die Anlage 70'000 kWh/Jahr produzieren; davon könnten etwa 8'000 kWh/Jahr für den Eigengebrauch genutzt werden.
- Eine Versammlungsteilnehmerin möchte mehr über die Lebensdauer einer solchen Anlage wissen; auch habe sie gehört, dass die Entsorgung der Solarpanels nicht sehr ökologisch sei.
Departementsvorsteher Ver- und Entsorgung: Sicher werde eine solche Anlage über 20 Jahre funktionieren. Hätte die Gemeinde einen Contractor-Vertrag abgeschlossen, wäre das Werk nach 20 Jahren an die Gemeinde übergegangen und würde dann sicher noch viele weitere Jahre funktionieren, ohne gross an Produktionskraft zu verlieren. Bezüglich Entsorgung sei es wie bei Reifen oder Batterien: Wichtig sei die fachgerechte Entsorgung.
- Die gleiche Versammlungsteilnehmerin hält fest, dass die Solaranlagen bei La Chaux de Fonds sicher rentabel seien, denn dort verzeichne man auch im Sommer und Herbst viel mehr Sonnenstunden. Habe die Gemeinde die Standortunterschiede bei der Produktionsberechnung berücksichtigt, fragt sie.
- Departementsvorsteher Ver- und Entsorgung: Ja, das habe sie. Es gebe für jede Region ein Solarprofil. Beim Standort Burg werde seines Wissens mit 1'500 Sonnenstunden pro Jahr gerechnet.

- Eine Versammlungsteilnehmerin möchte wissen, ob nicht Solarpanels für die Warmwasserbereitstellung genügen würden.
Es antwortet ein Mitglied der Ver- und Entsorgungskommission, der beruflich viel mit Energieversorgung zu tun hat: Das Dach der Burg könne viel mehr Energie liefern als nur die Warmwasseraufbereitung. Aus seiner Optik sei das Photovoltaik-Projekt nur ein Baustein in einem sich völlig wandelnden Umfeld des Strommarkts. Bislang sei der Transport von Strom, egal ob er beispielsweise in Polen oder vom Nachbar produziert werde, immer gleich teuer. Das Energiesystem befinde sich aber in einem Wandel und bald werde der in der Nähe produzierte Strom billiger als jener von weit weg.
- Ein Versammlungsteilnehmer möchte wissen, ob man den selber produzierten Strom nicht auch speichern könnte.
Departementsvorsteher Ver- und Entsorgung: Vorgesehen sei das in diesem Projekt nicht. Ausgeschlossen sei das aber nicht, später eine Batterie zu installieren. Zur Zeit sei das aber recht teuer. Sinnvoll könnte das eventuell sein, wenn dereinst ein neuer Werkhof mit Photovoltaik-Anlage realisiert wird.
- Ein Versammlungsteilnehmer möchte "für das Projekt eine Lanze brechen": Man müsse bei diesem Projekt nicht das Rendite-Denken in den Vordergrund stellen. Es handle sich wie ein Vorredner gesagt habe, um einen Baustein für eine neue Energiestrategie. Er gebe zu bedenken, dass im ortsgeschützten Dorfkern keine solchen Anlagen möglich seien und dass ein JA zu diesem Projekt konsequent sei: Schliesslich habe das Stimmvolk mehrheitlich die Energiestrategie 2050 angenommen.

Da keine Wortmeldungen mehr folgen, wird die Diskussion geschlossen. Es folgt die

Abstimmung

Auf Antrag des Gemeinderats erlässt die Versammlung mit grossem Mehr und 1 Enthaltung folgenden

Beschluss

Gestützt auf den Offertenvergleich für den Bau der Photovoltaik-Anlage Burg wird ein Investitionskredit von CHF 148'000.00 genehmigt.

Referent

Gemeinderat Stephan Caliaro, Departement Ver- und Entsorgung

Einleitende Worte der Gemeindepräsidentin Margrit Bohnenblust:
Aus dem Projekt Photovoltaik-Anlage ergebe sich auch das nachfolgende Projekt.

Die Gemeindepräsidentin übergibt das Wort Gemeinderat Stephan Caliaro, Departement Ver- und Entsorgung:
Er führt anhand einer Folienpräsentation durch das Geschäft:

Der Referent erläutert einleitend, warum es nötig ist, dass die Gemeinde laufend rund CHF 100'000.00 in das Stromnetz Twann investieren sollte: Primär, weil sich der jährliche Pachtzins, den die BKW der Gemeinde zu entrichten hat, aus den Abschreibungen und der Verzinsung des Anlagewertes berechnet.

Der Wiederbeschaffungswert des Netzes betrage rund 3.1 Mio. Franken und der Anlagewert zwischen CHF 650'000.00 und CHF 700'000.00; die jährlichen Abschreibungen zwischen CHF 70'000.00 und CHF 100'000.00.

"Wenn wir nicht in den Unterhalt der Anlage investieren", so der Departementsvorsteher Ver- und Entsorgung, "ist die Anlage nach zehn Jahren fast nichts mehr wert." Die 2015 von der Ver- und Entsorgungskommission in Auftrag gegebene Netzanalyse zeige dabei langfristig auf, wo was getan werden müsse.

Der Zeitpunkt für die Aufhebung der sanierungsbedürftigen Freileitung sei gut, denn sie ermöglicht eine enge Koordination mit dem Projekt Photovoltaik-Anlage Burg und mit dieser Netzverstärkung sind Subventionsbeiträge der Swissgrid zu erwarten. Zudem könnten Synergien mit dem Gemeindeverband Wasserversorgung Twann-Tüscherz, Ligerz, La Neuveville (TLN) genutzt werden, der ebenfalls daran Interesse habe, die alten Wasserleitungen aus den 70er-Jahren auszuwechseln.

Es seien drei Varianten geprüft worden. Dabei hätte sich eine Bohrung als zu kostspielig und ein Verlegen der Leitung entlang der bisherigen Leitung vor allem wegen der Gefährdung von Quellwasser als zu riskant erwiesen. Die 3. Variante sei die beste. Sie beginne bei der Unteren Chros und führe zum Schulweg Burg und diesem entlang zur Schulanlage, wobei auf einem Teil der Strecke mit dem TLN zusammengearbeitet werden könne.

Die Brutto-Kosten von CHF 320'000.00 würden sich am Ende dank Beiträgen der TLN, der Kommunikationsfirmen und den Subventionen des Bundes um mindestens CHF 100'000.00 reduzieren. Der Referent schliesst seine Bemerkung mit dem Hinweis, dass die Spezialfinanzierung Elektrizitätsversorgung derzeit einen Kontostand von 1.3 Mio. Franken aufweist.

Die Gemeindepräsidentin eröffnet die

Diskussion

Keine Fragen.

Da keine Wortmeldung erfolgt, wird die Diskussion geschlossen. Es folgt die

Abstimmung

Auf Antrag des Gemeinderats erlässt die Versammlung einstimmig folgenden

Beschluss

Für die Aufhebung der Freileitung Untere Chros Richtung Burg und dessen Verlegung wird ein Investitionskredit von CHF 320'000.00 genehmigt.

Referenten

Gemeinderat Stephan Caliaro, Departement Ver- und Entsorgung; Monique Courbat (Projektkoordinatorin Anschluss an ARA Le Landeron) und Christian Künzler (Verbandsratspräsident ARA am Twannbach)

Einleitende Worte der Gemeindepräsidentin Margrit Bohnenblust:

Aufgrund der höheren Ansprüche an die Betriebssicherheit fordere der Kanton einen Ausbau der ARA. Der Verbandsrat ARA am Twannbach habe eine Studie über mehrere Varianten in Auftrag gegeben.

Daraus ergebe sich als beste Lösung der Anschluss an die ARA Le Landeron.

Die Gemeindepräsidentin übergibt das Wort Gemeinderat Stephan Caliaro, Departement Ver- und Entsorgung:

Dieser verweist anhand einer Folie auf die Wasserstrategie des Kantons Bern. Die Anforderungen an die Abwasserentsorgung sei gestiegen, nicht einfach wegen der strenger kantonalen und eidgenössischen Gesetze, "sondern wegen uns Konsumenten – wir verschmutzen das Wasser". Jeder Konsum wirke sich auf das Abwasser aus und Tatsache sei, dass die jetzige ARA am Twannbach den Anforderungen nicht mehr genüge und deshalb eine Lösung gefunden werden müsse, bevor die Betriebsbewilligung für das Werk im Jahr 2025 auslaufe.

Nach vorne kommen nun Monique Courbat (Projektkoordinatorin Anschluss an ARA Le Landeron) und Christian Künzler (Verbandsratspräsident ARA am Twannbach). Monique Courbat führt anhand von Folien durch das Referat:

Die ARA am Twannbach sei 1979 erbaut worden und reinige seither das Abwasser von Twann-Tüscherz und Ligerz. Im Jahre 2013 hätten sich die Ortsteile Lamboing und Diesse dem Verband angeschlossen. 2014 habe der Kanton dann die Erhöhung der Betriebssicherheit durch den Ausbau der ARA auf zwei Strassen eingefordert und die Betriebsbewilligung für die ARA am Twannbach auf 2025 beschränkt. Der Verbandsrat habe daraufhin eine Studie über mehrere Varianten in Auftrag gegeben, welche zum Schluss gekommen sei, dass der Anschluss an die ARA Le Landeron die wirtschaftlichste Lösung sei und auch die einzige, die vom Kanton mitfinanziert werde.

An der Abgeordnetenversammlung im Jahr 2017 hätten die Anwesenden für den Anschluss ARA Le Landeron ein Planungskredit von CHF 290'000.00 bewilligt. Gerechnet habe man damals mit einer Gesamtinvestition von 7 Mio. Franken.

Mit dem Planungsfortschritt des Projektes Abwasserleitung Schernelz-Brunnmühle und des SBB-Tunnels sei aber klar geworden, dass das ursprünglich vorgesehene Bauprojekt nicht leicht realisierbar sein wird. Der Verbandsrat habe deshalb in Koordination mit den anderen Projekten Studien erarbeitet und sei zum Schluss gekommen, dass das ursprüngliche Projekt wesentliche Änderungen erfahren müsse.

Anhand von zwei Skizzen, welche das Abwassersystem heute und morgen zeigen, erläutert die Referentin die geplanten Änderungen mit folgenden wesentlichen Punkten:

- Das Abwasser wird nicht mehr von Kleintwann nach Schafis gepumpt, sondern es wird in Bipschal ein Regenbecken mit Pumpwerk neu erstellt.
- Das Abwasser von Twann, Ligerz und Schernelz wird direkt in dieses neu zu erstellende Pumpwerk geleitet und von da aus nach Schafis gepumpt. Dies ist sowohl hydraulisch wie auch ökologisch die beste Lösung. Damit sind auch die Schnittstellen mit den anderen Projekten geregelt.

An der Verbandsratssitzung vom 17. März wurde beschlossen, alle Teilprojekte zu einem einzigen Projekt zusammenzuführen. Damit steigt das Projektvolumen auf ca. 11 Mio. Franken an. Der Planungskredit von CHF 290'000.00 reicht nicht aus, um dieses neue Bauprojekt zu planen. Der Verbandsrat beantragt im Sinne der Transparenz, dass der Planungskredit um CHF 400'000.00 erhöht wird.

Die Referentin fasst die Vorteile dieses neuen Projekts zusammen (*Auszug Folientext*):

- *Das vorliegende Projekt berücksichtigt auch die Anliegen der SBB für den Bau des Ligerzer-Tunnels. Die SBB beteiligen sich deshalb, wie auch der Kanton, an den Planungs- und Realisierungskosten*
- *Der Anschluss der ARA am Twannbach an die ARA Le Landeron wird geringere Betriebskosten als eine Modernisierung der ARA am Twannbach zur Folge haben (ca. 40%)*
- *Im Gegenzug übernehmen die Gemeinden die Schulden ARA am Twannbach*
- *Die dringende Pumpstation des TLN kann endlich gebaut werden.*

Die Risiken bei diesem Projekt fasst sie wie folgt zusammen (*Auszug Folientext*):

- Durch die Erhöhung der Investitionskosten wird den Gemeinden ein grösseres Verwaltungsvermögen übergeben ⇒ Kosten
- Oppositionen, die zu Verzögerungen führen
- Terminverzug birgt das Risiko, dass vitale Systeme der bestehenden ARA versagen ⇒ Investitionen in bestehende ARA
- Terminverzug bedeutet, dass das Projekt SBB-ARA teurer wird
- Es bedeutet auch, dass die Projekte Schernelz und TLN gefährdet sind, d.h. dass das Trinkwasser für die Bevölkerung in grosse Gefahr gerät

Eine Redimensionierung des vorgestellten Projekts sei nicht denkbar, so die Referentin. Wenn dieses abgelehnt werde, müsste die bestehende ARA modernisiert werden, was aber voraussichtlich vom Kanton nicht mitfinanziert würde. Dabei ändere sich nichts daran, dass der bisherige Standort nicht optimal sei, vor allem weil dort nicht genug Platz vorhanden sei, aber auch wegen der zu erwartenden zusätzlichen Geruchsemissionen. Ob ein solches Projekt überhaupt bewilligungsfähig wäre, sei unklar und voraussichtlich müsste man mit Opposition und Verzögerungen rechnen – und wenn es zu Verzögerungen komme, dann bestehe ein hohes Risiko, dass bei der bestehenden alten ARA vitale Systeme ausfallen könnten und noch vor Projektausführungen erhebliche Investitionen in das alte System getätigt werden müssten.

Die Rednerin schliesst ihren Vortrag mit dem Verweis auf die weitere Terminplanung (*Auszug Folientext*):

- *September 2020: Gemeindeversammlungen (Planungskreditabstimmung)*
- *Juni 2021: Gemeindeversammlungen (Baukredit-Abstimmung)*
- *Anfang 2022: Baubeginn*

- *Ende 2022/Frühling 2023: Inbetriebnahme ARA Le Landeron / Auflösung Gemeindeverband ARA am Twannbach*

Die Gemeindepräsidentin eröffnet die

Diskussion

- Ein Versammlungsteilnehmer möchte wissen, ob der Standort der bisherigen ARA einer neuen Nutzung zugeführt werden könne – das sei doch für die Gemeinde eine grosse Chance.
Die Referentin bejaht diese Frage.
Die Gemeindepräsidentin macht darauf aufmerksam, dass die bisherige ARA am Twannbach auf Ligerzer Boden steht.
- Ein Versammlungsteilnehmer möchte wissen, was eigentlich Le Landeron zu diesem Anschlussprojekt sage.
Referentin: Le Landeron sei mit dem Projekt einverstanden. Unerwünscht wäre aber, dass das Anschluss-Vorhaben in ihrem Gebiet zu einer Gebührenerhöhung führt. Die Referentin macht darauf aufmerksam, dass die Plateau-Gemeinden Lignières und Nods bereits der ARA Le Landeron angeschlossen sind.
- Eine Versammlungsteilnehmerin möchte wissen, wo sich eigentlich die ARA Le Landeron befinde.
- Referentin: Beim Campingplatz.
- Ein Versammlungsteilnehmer möchte wissen, wie das ganze Projekt realisiert werden soll. Die Gemeindeversammlung müsse schliesslich nicht nur einem Projektierungskredit zustimmen, sondern später auch noch einem Baukredit – man spreche von 11 Mio. Franken.
Verwaltungsratspräsident ARA am Twannbach: Den Kredit werde der Verband ARA am Twannbach aufnehmen. Nach dessen Auflösung hätten die Gemeinden dann ihre Anteile zu übernehmen. Über die genau finanzielle Abwicklung könne er aber zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Auskunft geben.
Finanzverwalterin: In der Tat werden die Gemeinden das Verwaltungsvermögen der ARA am Twannbach zu übernehmen haben. Die Investitionskosten würden dabei aber nicht 1:1 auf die Abwassergebühren abgewälzt.

Da keine Wortmeldung mehr erfolgen wird die Diskussion geschlossen. Es folgt die

Abstimmung

Auf Antrag des Gemeinderats erlässt die Versammlung mit grossem Mehr, drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen folgenden

Beschluss

1. Für die vollständige Abklärung des Anschlusses der Abwasserversorgung im Einzugsgebiet des Gemeindeverbands ARA am Twannbach an die ARA Le Landeron wird ein Planungskredit in der Höhe von CHF 690'000.00 genehmigt.
2. Die Gemeindeversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die oben genannte Summe einer Erhöhung des ursprünglichen Planungskredits von CHF 290'000.00 (Beschluss Abgeordnetenversammlung ARA am Twannbach, 2017) um CHF 400'000.00 entspricht.

7/20   04.0211   Ortsplanung
Kreditabrechnung (Schlussabrechnung Gesamtrevision
Ortsplanung)

Referentin

Gemeindepräsidentin Margrit Bohnenblust: Departemente Präsidiales und Bau

Die Gesamtrevision der Ortsplanung habe die Gemeinde über mehrere Jahre beschäftigt, sagt die Gemeindepräsidentin.

Aus zeitlichen Gründen habe das Amt für Gemeinden und Raumordnung, AGR, die Revision der Uferschutzplanung sogar abgetrennt und verschoben. An der Urnenabstimmung vom 25. November 2018 habe die Stimmbevölkerung dann schliesslich die Gesamtrevision Ortsplanung angenommen.

Hierzu habe der Gemeinderat am 11. Mai 2020 die Schlussabrechnung genehmigt, welche er der Versammlung hiermit zur Kenntnis bringe: Bei einem Gesamtkredit von CHF 190'000.00 und einem Gesamtaufwand von CHF 180'753.05 ergibt sich eine Kreditunterschreitung von CHF 9'246.95.

Die Diskussion zu diesem Geschäft wird nicht erwünscht.

Orientierung des Gemeinderats

▪ Twann-Tunnel

Gemeindepräsidentin: Nach der letzten Gemeindeversammlung ist beim Regierungsstatthalter eine Beschwerde gegen die Gemeinde Twann-Tüscherz eingereicht worden. Es wurde gerügt, dass die Planaufgabe für das A5 Ostportal des Twann-Tunnels für die letzte Gemeindeversammlung nicht traktandiert worden sei.

Da der Gemeindeversammlung in dieser Angelegenheit keinerlei Beschlusskompetenz zukommt und es nicht in der Kompetenz der Gemeinde lag, die Planaufgabe zu traktandieren, wurde auf die Beschwerde nicht eingetreten.

Entscheid des Regierungsstatthalters vom 20. Mai 2020.

Aktuell hat das Komitee "N5 Bielersee - so nicht" beim Bund eine Petition eingereicht. Gefordert wird unter anderem, dass der bewilligte Twanntunnel aufgeschoben und mit der Verkehrslösung in Biel als Ganzes betrachtet werden soll.

Das Einspracheverfahren ist am Laufen, die Gemeinde Twann-Tüscherz wurde noch nicht eingeladen.

▪ Uferschutzplanung

Gemeindepräsidentin: Nachdem die die Ortsplanungsrevision - Grundordnung und Bau-recht – an der Urne und vom Kanton genehmigt wurde, arbeitet der Gemeinderat mit dem Ortsplaner nun an der Revision der Uferschutzplanung. Die 2. Vorprüfung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung AGR hat stattgefunden. Nun müssen noch weitere Punkte angepasst werden, insbesondere die Bauten und Baufelder im Gewässerraum.

Geplant ist, dass der Gemeinderat Ende Jahr die öffentliche Auflage für Januar 2021 beschliessen kann.

Nach den Einspracheverfahren könnte am 13. Juni 2021 die Urnenabstimmung stattfinden

▪ Sanierung Hafen Tüscherz

Gemeindepräsidentin: Die Sanierung des Hafens Tüscherz ist zu Zufriedenheit aller abgeschlossen.

▪ SBB-Bahn-Tunnel

Gemeindepräsidentin: Aufgrund von Einsprachen und Anpassungen sieht die provisorische Terminplanung nun folgendermassen aus:

- 2021 - 2022 La Neuveville
- 2022 - 2023 Neues Stellwerk beim Bahnhof Tüscherz + Fahrleitungen Twann-Tüscherz
- 2022 - 2027 Bahnhof Twann bis Kleintwann
- 2022 - 2027 Tunnel
- Dez. 2026 Inbetriebnahme Tunnel
- Ab 2026 Rückbau alter Geleisanlage Ligerz

▪ **Neuer Werkhof**

Gemeindepräsidentin: Der Werkhof Twann-Tüscherz ist in verschiedensten Lokalisationen, Bahnhof Tüscherz, Strandweg, Tschanzquelle, Garage Burg usw. untergebracht.

Im Frühling 2021 will das ASTRA die Autobahnbrücke über dem Bahnhof Tüscherz sanieren. Bis zu diesem Zeitpunkt muss der Werkhof dort geräumt werden. Der Gemeinderat hat bereits im Infoblatt vom April 2020 darüber informiert.

Bereits 2011 hatte der damalige Gemeinderat den Standort auf der Burg als besten Standort evaluiert. In der Zonenplanung ist der Werkhof an diesem Standort vorgesehen.

Seit anfangs Jahr ist eine Arbeitsgruppe an der Arbeit. Für die Projektierung hat eine Ausschreibung stattgefunden.

Der Zeitplan sieht vor, dass im Oktober 2020 das Baugesuch eingereicht werden kann und im Sommer 2021 der Werkhof gebaut wird. Über den Kredit, welcher über eine Mio. Franken betragen wird, kann die Stimmbevölkerung an der Urne entscheiden, voraussichtlich im November 2020.

Es folgen

Voten von Versammlungsteilnehmern

- Ein Versammlungsteilnehmer hält fest, er bezweifle, dass das Projekt Anschluss an ARA Le Landeron 2023 abgeschlossen werden könne. Für das Projekt Wärmeverbund Twann-Chlyne Twann sei das problematisch, denn man sei auf den Standort der Alten ARA angewiesen.

Gemeindepräsidentin: Sie gehe davon aus, dass auch andere Standorte möglich seien.

Gleicher Versammlungsteilnehmer: Es sollte einen Standort in Twann geben. Da sollte vorwärts gemacht werden.

Präsidentin des Vereins Wärmeverband Twann-Chlyne Twann: Ohne Zweifel wäre der Standort bei der ARA ideal, aber es stünden auch andere Standorte zur Diskussion. Im Moment sei es aber zu früh, dazu etwas vorlegen zu können.

Es meldet sich der Projektleiter, welcher für die Ausarbeitung der Machbarkeitsstudie Wärmeverband Twann-Chlyne Twann mitverantwortlich war: Zur Zeit werde abgeklärt, wer als Contractor bereit sei, in das Projekt zu investieren. Das Interesse dafür sei vorhanden; man sei mit 3 Interessenten im Gespräch. Wenn sich ein Contractor finde, so sei es an der Gemeinde, mit ihm einen Vertrag zum Bau eines Fernwärmenetzes auszuarbeiten.

- Ein Versammlungsteilnehmer möchte wissen, wie viele Parkplätze während der Bauzeit für den SBB-Twann-Tunnel noch zur Nutzung bereitstehen werden.

Gemeindepräsidentin: Die Gemeinde habe mit den SBB eine Mindestzahl vereinbart. Wie viel könne sie aber im Moment nicht sagen. Das könne aber auf der Gemeindeverwaltung nachgesehen werden.

- Ein Versammlungsteilnehmer lobt die gute Pflege der Badeplätze. An der Dorfgasse in Tüscherz wünsche er sich allerdings eine strengere Tempokontrolle bezüglich der Velofahrer.

- Ein Versammlungsteilnehmer möchte wissen, was die Gemeinde in Sachen Twann-Tunnel zu tun gedenke. Sie habe sich in ihrer Einsprache ebenfalls für einen Langtunnel eingesetzt.

Gemeindepräsidentin: Es stimme, dass sich die Gemeinde gerade auch bei der Einsprache Westumfahrung Biel für einen Langtunnel zur Umfahrung Tüscherz-

Alfermée eingesetzt habe. Da müsse man nun aber den Abschluss des Dialogprozesses West-Ast abwarten.

Das Projekt Twann-Tunnel stehe nicht in direktem Zusammenhang mit dem West-Ast; auch hier werde nun das Ergebnis der Einspracheverhandlungen abgewartet.

▪ **Antrag M. C. betreffend Beschlussfassung Budget 2021 an der nächsten Gemeindeversammlung**

M. C.: Er stelle fest, dass die Rechnung 2019 wie in den Vorjahren wesentlich besser abgeschlossen habe als in den Vorjahren. Er frage sich deshalb, ob die von der Gemeindeversammlung beschlossene Erhöhung der Liegenschaftssteuer per 2019 von 1.0 Promille auf 1.5 Promille nicht wieder zurückgenommen werden könne. Dies zumal, da die amtlichen Werte für Liegenschaften angehoben worden seien.

Finanzverwalterin: Man sei bereits am Ausarbeiten des Budgets und rechne mit einem Defizit zwischen CHF 400'000.00 und CHF 500'000.00. Richtig sei, dass mit der Erhöhung der amtlichen Werte mit höheren Erträgen aus der Liegenschaftssteuer gerechnet werden könne. Sie weise aber darauf hin, dass die Erträge aus den Einkommenssteuern rückläufig seien und hohe Investitionen anstünden.

Gestützt auf Artikel 35* des Organisationsreglements der Gemeinde Twann-Tüscherz stelle M. C.i folgenden

Antrag (M. C.)

Der Gemeinderat soll bei der nächsten Gemeindeversammlung ein Budget vorlegen, das eine Senkung der Liegenschaftssteuer einrechnet.

(*Auszug OGR, Art. 35:

¹ Unter dem Traktandum Verschiedenes kann eine stimmberechtigte Person verlangen, dass der Gemeinderat für die nächste Versammlung ein Geschäft, das in die Zuständigkeit der Versammlung fällt, traktandiert.

² Der Gemeindepräsident unterbreitet diesen Antrag der Versammlung zum Entscheid.

³ Nehmen die Stimmberechtigten den Antrag an, hat er die gleiche Wirkung wie eine Initiative.)

Diskussion

- Eine Versammlungsteilnehmerin hält fest, dass sie gegen eine Senkung der Liegenschaftssteuer sei. Ohne Zweifel mache es weh, Liegenschaftssteuern zu zahlen; diese sei aber nicht unsozial.
- Ein Versammlungsteilnehmer unterstützt den Antrag. Es wäre doch unsinnig, wenn der Gemeinderat diesem Antrag nicht nachkommen würde; wenn er eine solche Senkung unterlasse, bestehe die Gefahr, dass das Budget von den Stimmberechtigten zurückgewiesen werde.
- Ein Versammlungsteilnehmer widerspricht der Vorrednerin, welche die Liegenschaftssteuer als "nicht unsozial" bezeichnet hatte. Das sei sie sehr wohl, denn sie bestrafe die Hauseigentümer.
- Departementsvorsteher Finanzen: Er wiederhole, was er 2018 beim Beschluss zur Erhöhung der Liegenschaftssteuer gesagt habe. Bei den Einkommenssteuern wandere zwei Drittel der Erträge in die Kantonskasse und nur ein Drittel in die Gemeindekasse. Bei den Liegenschaftssteuern würden hingegen 100 Prozent der Erträge der Gemeinde zugutekommen.

Da keine weitere Wortmeldung mehr erfolgt, schliesst die Gemeindepräsidentin die Diskussion.

Es folgt die

Abstimmung zur Erheblich-Erklärung

Der Antrag M. C. wird mit 13 zu 26 Stimmen abgelehnt.

- Eine Versammlungsteilnehmerin möchte wissen, ob das publizierte Baugesuch für den Umbau der Mobilfunkantenne in Tüscherz einer Umrüstung auf G5 entspreche.
Gemeindepräsidentin: Ja, das sei richtig.
- Ein Versammlungsteilnehmer fragt, warum bei der nun öffentlich aufgelegten Änderung der baurechtlichen Grundordnung im Zusammenhang mit der Aktualisierung der Schutzbestimmungen in den Reben auch Auszonungen beziehungsweise Rückzonungen vorgenommen würden.

Präsident der nicht ständigen Kommission Schutzzonenplan Rebmauerinventar: Die Arbeiten seiner Kommission seien nötig gewesen, vor allem weil die Rebmauern Teil des Schutzzonenplanes und damit zur baurechtlichen Grundordnung gehören. Der Kanton habe der Gemeinde drei Jahre Zeit gegen, das Rebmauerinventar in den Schutzzonenplan aufzunehmen.

Da keine Wortmeldungen mehr vorgebracht werden, schliesst die Gemeindepräsidentin die Sitzung. Sie dankt allen, die sich aktiv am Dorfleben beteiligen, speziell aber auch allen Kommissionsmitgliedern, den Verwaltungs- und Werkhofmitarbeitern, dem Hauswarts- und Strandbadteam, den Vereinen und den Mitgliedern des Gemeinderats.

Die Einladung zu einem abschliessenden Apéro fällt wegen der geltenden Bestimmungen zur Corona-Pandemie aus. Die Gemeindepräsidentin wünscht allen eine gute Heimkehr.

2513 Twann, 18.09.2020

EINWOHNERGEMEINDE TWANN-TÜSCHERZ

Margrit Bohnenblust	Bernhard Demmler
Gemeindepräsidentin	Geschäftsleiter

Genehmigung Protokoll

Der Gemeinderat hat das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14.09.2020 an der Sitzung vom 21.09.2020 im Sinne von Art. 63 Abs. 3 Organisationsreglement der Einwohnergemeinde Twann-Tüscherz genehmigt.

2513 Twann, 21.10.2020

EINWOHNERGEMEINDE TWANN-TÜSCHERZ

Bernhard Demmler
Geschäftsleiter

Öffentliche Auflage

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14.09.2020 ist im Sinne von Art. 63 Abs. 1 Organisationsreglement der Einwohnergemeinde Twann-Tüscherz vom 17.05.2009 in der Zeit vom 01.10.2020 bis 02.11.2020 öffentlich aufgelegt worden. Die Auflage wurde im Nidauer Anzeiger vom 01.10.2020 publiziert.

EINWOHNERGEMEINDE TWANN-TÜSCHERZ

Bernhard Demmler
Geschäftsleiter